



## Protokoll

### 4.Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales

---

Sitzungstermin:	Dienstag, 05.07.2022
Raum, Ort:	Mensa des Schulzentrum Ilsede, Am Schulzentrum 35, 31241 Ilsede
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:55 Uhr

---

#### Anwesende:

##### Vorsitz

Herr Maik Meyer

Vertretung für: Herrn Hartmut Marotz

##### Mitglieder

Herr Maik Burgdorf

Herr Thomas Kirchmann

Herr Robin Samtlebe

Vertretung für: Herrn Matthias Möhle

Frau Antje Schulz

Herr Christoph Plett

Herr Günter Schmidt

Vertretung für: Herrn Björn Busse

Frau Rosemarie Waldeck

Vertretung für: Herrn Christian Falk

Frau Stefanie Weigand

Vertretung für: Frau Claudia Wilke

Herr Jan Wouter van Leeuwen

##### Grundmandat

Frau Birgit Reimers

Herr Andreas Tute

##### Bürgervertretung

Frau Eva Schlaugat

Herr Christoph Hauschke

Herr Dirk-Heinrich Heuer

##### Sonstige Mitglieder

Frau Angela Denecke

Herr Horst Kunz

Herr Jürgen Rump



## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.05.2022
- 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Vorstellung der Finanzierung des Peiner Frauenhauses
- 6 Bericht aus der Hebammenzentrale
- 7 Produktbericht Jahresabschluss 2021 für das Budget der Fachdienste Soziales, Arbeit (Jobcenter), Gesundheit sowie der Dezernatsleitung III
- 8 Gesundheitsbündnis
- 9 Angebote für "junge" Pflege im Landkreis Peine
- 10 Rechtskreiswechsel für geflüchtete Menschen aus der Ukraine
- 11 Informationen der Verwaltung
- 12 Anfragen und Anregungen

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung der Sitzung

Der Stellvertretende Vorsitzende (im folgenden Vorsitzender genannt), Kreistagsabgeordneter Meyer (im Folgenden werden männliche und weibliche Kreistagsabgeordnete als KTA bezeichnet), eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Zuhörer/innen und die Vertreter/innen der Verwaltung. Er gibt bekannt, dass sowohl der eigentliche Vorsitzende, KTA Marotz, als auch sein Vertreter, KTA Nießen, wegen Erkrankung fehlen würden, sodass ihm als Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses die Sitzungsleitung in diesem Ausschuss angetragen worden sei.

#### 2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende, KTA Meyer, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Eine Änderung der Tagesordnung wird nicht beantragt. Der Vorsitzende, KTA Meyer, lässt daher über die Tagesordnung abstimmen. Mit 9 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wird die Tagesordnung in der Fassung der Einladung angenommen.

### **3 . Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.05.2022**

Die Niederschrift über die 3. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales vom 24.05.2022 wird ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche mit 6 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

**Beschluss: Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.**

### **4 . Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Die anwesenden Einwohner/innen richten keine Frage an den Ausschuss.

### **5 . Vorstellung der Finanzierung des Peiner Frauenhauses Vorlage: 2022/108**

Frau Reinert (Peiner Frauenhaus) und Frau Sahin (Beratungs- und Interventionsstelle bei häuslicher Gewalt – BISS) stellen sich kurz vor. Danach erläutert Frau Reinert anhand von Zahlen und Fakten die Situation der Frauenhäuser im Allgemeinen und die des Peiner Frauenhauses im Besonderen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf der Belegung, den Aufnahmezahlen sowie den Hintergründen der aufgenommenen Frauen. Besonders erwähnt wird, dass neun Frauen wegen Platzmangels nicht aufgenommen werden konnten. Frau Sahin gibt bezüglich der BISS einen entsprechenden Überblick. Anschließend beschreiben Frau Reinert und Frau Sahin das Schutzkonzept sowie die Unterbringung im Peiner Frauenhaus und skizzieren die pädagogische Arbeit mit den Kindern. Danach folgt eine Darstellung des 4-Phasen-Modells, nach dem vorgegangen wird. Abschließend wird die Finanzierung des Peiner Frauenhauses vorgestellt. Diese stützt sich auf einen Zuschuss vom Fachdienst Soziales, einer Tagessatzabrechnung mit dem Fachdienst Arbeit und einem Zuschuss des Landes Niedersachsen. Dabei wird darauf hingewiesen, dass es gerade in der ersten Jahreshälfte ohne die unkomplizierte Abschlagsgewährung durch den Fachdienst Soziales finanziell sehr schwierig sein würde, zumal das Land Niedersachsen die Gewährung von Abschlagszahlungen eingestellt habe.

Der Vorsitzende, KTA Meyer, dankt den beiden Referentinnen.

Dezernatsleiterin Prof. Dr. Friedrich (im Folgenden werden männliche und weibliche Dezernatsleitungen als DL bezeichnet) präsentiert eine Übersicht der Verwaltung und erläutert die dort gezeigten Zahlungen. Sie betont dabei den hohen bürokratischen Aufwand.

Bürgervertreterin Schlaugat (im Folgenden werden männliche und weibliche Bürgervertreter als BV bezeichnet) stellt fest, dass die Finanzierung eine komplizierte Angelegenheit sei. Sie fragt daher nach der Fachlichkeit der beiden Referentinnen, da nach ihrer Einschätzung für die Übersicht der Finanzierung ein Studium der Betriebswirtschaft erforderlich sei. Zudem wünscht sie zu wissen, welchen Anteil die Verwaltungsarbeit ausmache.

Frau Reinert verneint das Studium der Betriebswirtschaft. Der Anteil der Verwaltungsarbeit sei schwer zu beziffern, aber es sei ein erheblicher Aufwand. Deshalb würde sie es begrüßen, wenn die Zahlungen des Landkreises Peine als Gesamtfördersumme ausgezahlt werden würden.

KTA Reimers erklärt, dass Frauen wie sie wegen fehlender Barrierefreiheit das Peiner Frauenhaus nicht aufsuchen könnten. Mit einer Teilnahme am Bundesinvestitionsprogramm hätte man Abhilfe schaffen können. Die zehn Prozent Eigenanteil des Landkreises Peine hätte man aufbringen müssen, zumal mit dem Programm auch die Platzzahl erhöht worden wäre, sodass niemand hätte abgewiesen werden müssen.

Frau Sahin entgegnet, dass die Teilnahme am Bundesinvestitionsprogramm sehr kompliziert sei, wohingegen die zehnpromtente Beteiligung des Landkreises Peine unproblematisch gewesen wäre.

Frau Reinert ergänzt, dass es für die Antragstellung ein zeitlich sehr enges Korsett gegeben habe. Neben der eigentlichen Antragstellung hätten auch Gutachten und Sachverstndigenbewertungen erfolgen müssen, was zeitlich nicht zu schaffen war. Deshalb habe man den Antrag zurückgezogen. Es seien aber Veränderungen am Peiner Frauenhaus geplant, bei denen die Barrierefreiheit berücksichtigt werden würde.

KTA Weigand dankt dem Landkreis Peine dafür, dass er eine Dreiviertelstelle für die Kinderbetreuung finanziere. Davon abgesehen, fragt sie, wie viele Stellen es gebe.

Frau Sahin antwortet, dass für die BISS fünfzehn Stunden pro Woche zur Verfügung stehen, sowie weitere fünfzehn Stunden für die telefonische Erreichbarkeit.

Frau Reinert fügt hinzu, dass für das Peiner Frauenhaus eine Leitungsstelle sowie drei Vollzeitstellen zur Verfügung stehen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende, KTA Meyer, fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage–Nr. 2022/108 Kenntnis genommen habe.

## **6 . Bericht aus der Hebammenzentrale Vorlage: 2022/084**

Frau Schott und Frau Zwirner stellen sich kurz vor. Anschließend skizziert Frau Schott die Geschichte der Hebammenzentrale. Anschließend folgen Zahlen und Fakten, zum Beispiel zur Warteliste, dem Umgang mit Anfragen, der Vermittlung. Aktuell gelte die 3-G-Regel, was durch den damit verbundenen Wegfall restriktiverer Maßnahmen die persönliche Erreichbarkeit der Hebammenzentrale verbessert habe. Des Weiteren gebe es eine Zusammenarbeit mit der Kreisvolkshochschule (KVHS) und eine Prüfung zur Nutzung eines Raumes in der Kreismusikschule (KMS). Im Rahmen des abschließenden Ausblicks erluert Frau Schott die Planung einer Notbetreuung sowie die Vernetzung mit anderen Hebammenzentralen. Des Weiteren wolle man das Elterncafé wiedererffnen. Ebenfalls geprüft werde aktuell die Teilnahme am digitalen Hebammensuchprogramm namens HEDI. Da das Team der Hebammenzentrale jedoch nur noch aus zwei statt drei Personen bestehe, sei dadurch die Arbeit etwas umfangreicher geworden.

KTA van Leeuwen wünscht zu wissen, wie viele Hebammen im Landkreis Peine gebraucht werden und wie man sie bekommen könnte.

Frau Schott antwortet, dass das schwer zu beantworten sei. Nicht alle Hebammen seien freiberuflich tätig, sondern zusätzlich andernorts angestellt. Hinzu komme, dass nicht alle Hebammen die gesamte Bandbreite an Leistungen anbieten würden. Deshalb sei es schwer, eine konkrete Zahl zu nennen. Für die Entwicklung der Anzahl an Hebammen wäre eine finanzielle Unterstützung grundsätzlich gut.

Frau Zwirner ergänzt, dass es im Landkreis Peine zeitweise sechszwanzig Hebammen gegeben habe, danach sei die Zahl auf sechzehn gefallen.

KTA van Leeuwen fragt nach, wie viele Hebammen es sein müssten, wenn sie in Vollzeit arbeiten würden.

Frau Schott schtzt, dass sich eine Vollzeit-Hebamme um fünf bis sechs Frauen kümmern könne. Derzeit seien dreiunddreißig Frauen auf der Warteliste.

KTA Weigand fügt hinzu, dass bei Pro Familia oftmals Frauen sitzen, die mit der Situation überfordert seien und zudem aus prekären Verhältnissen kommen würden. Wenn sie keine Hebamme hätten, wäre die Situation dramatisch. Sie fragt an, ob es eine Priorisierung bei der Vermittlung gebe. Des Weiteren wünscht sie zu wissen, ob es ein Anreizprogramm für neue Hebammen gebe.

Frau Schott weist auf die Schwierigkeit einer Priorisierung hin. Es gehe bei der Vermittlung um den Entbindungstermin sowie um die freien Termine der Hebammen.

Frau Zwirner fügt hinzu, dass man mit den freien Hilfen zusammenarbeite. Eine Familienhebamme sei jedoch nur dann möglich, wenn freie Kapazitäten vorhanden seien.

Frau Schott nimmt Bezug auf die Frage nach einem Anreizprogramm. Zunächst seien kostenlose Räume sehr wichtig, aber auch ein Existenzgründerzuschuss sei von Vorteil. Hintergrund seien die hohen Kosten, die mit einer Niederlassung als Hebamme verbunden seien. Die Hebammenzentrale könne möglicherweise ebenfalls einen Anreiz darstellen, da sie den Hebammen viel Arbeit bei der Koordinierung abnehme.

KTA Reimers erklärt, dass sie Hebammen wichtig finde. Sie fragt an, was verwaltungstechnisch nach der Schließung der Entbindungsstation im Klinikum gelaufen sei.

Frau Schott antwortet, dass die Hebammen freiberuflich tätig seien. Sie würden zu den Müttern fahren, wenn der Einsatzort von der Entfernung her passe, oder sie nutzen einen Raum im Klinikum.

KTA Reimers fragt nach, was mit den Personen sei, die nicht vermittelt werden können.

Frau Schott weist darauf hin, dass es für solche Fälle die Notbetreuung gebe.

KTA Reimers greift die Intention der Fragen von KTA van Leeuwen auf und fragt, was man machen könne, um mehr Hebammen zu bekommen. Da die Ausbildung Landessache sei, müsse man dort tätig werden. Zudem sollte aus ihrer Sicht das Ausbildungsprogramm überarbeitet werden.

Frau Schott erwidert, dass bereits einiges gemacht worden sei, insbesondere sei es jetzt ein Studium mit einem Bachelor-Abschluss.

BV Schlaugat wirft die Frage auf, woher die derzeit zwanzig Hebammen kommen. Des Weiteren fragt sie nach den Wünschen der Referentinnen.

Frau Schott antwortet, dass siebzehn Hebammen aus dem Landkreis Peine kommen, zwei aus Hildesheim und eine aus Salzgitter. Sie wünsche sich eine Zunahme der Hebammenzahl sowie zentrale Räumlichkeiten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende, KTA Meyer, fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage–Nr. 2022/84 Kenntnis genommen habe.

## **7. Produktbericht Jahresabschluss 2021 für das Budget der Fachdienste Soziales, Arbeit (Jobcenter), Gesundheit sowie der Dezernatsleitung III Vorlage: 2022/103**

Der Vorsitzende, KTA Meyer, ruft diesen Tagesordnungspunkt auf und stellt die Frage, ob Teile der Vorlage näher erläutert werden sollen. Da es keine Wortmeldungen gibt, stellt der Vorsitzende, KTA Meyer, fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage–Nr. 2022/103 Kenntnis genommen habe.

## **8 . Gesundheitsbündnis Vorlage: 2022/104**

Dezernatsleiterin (im Folgenden werden männliche und weibliche Dezernatsleitungen als DL bezeichnet) Prof. Dr. Friedrich verweist auf die Corona-Krise sowie die Flüchtlinge aufgrund des Krieges in der Ukraine. Um deren Folgen für den Landkreis Peine aufzufangen, seien zahlreiche Arbeitskreise und Krisenstäbe eingerichtet worden. Diese stellen eine zunehmende Belastung für die Mitarbeiter/innen der Verwaltung als auch für die Mitwirkenden aus der Kommunalpolitik dar. Vor diesem Hintergrund halte sie eine Konzentration der Kräfte für sinnvoll. Da die Mitglieder des Gesundheitsbündnisses inzwischen vollumfänglich in der Gesundheitsregion vertreten seien, könne das Gesundheitsbündnis aufgelöst werden. Die finanziellen Mittel des Gesundheitsbündnisses würden auf das Budget der Gesundheitsregion übertragen werden.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende, KTA Meyer, die Beschlussvorlage-Nr. 2022/104 zur Abstimmung. Mit 10 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen wird der Beschlussvorschlag angenommen.

### **Beschluss:**

Das Gesundheitsbündnis wird aufgelöst.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

Ja-Stimmen:  
10

Nein-Stimmen:  
0

Enthaltung/en:  
0

## **9 . Angebote für "junge" Pflege im Landkreis Peine Vorlage: 2022/105**

KTA Reimers erklärt, dass das Alter der ‚jungen Pflege‘ recht hoch sei. Dennoch gebe es Kinder, die in dem Inhalt der Informationsvorlage nicht vorkommen würden. Sie fragt an, ob die Fragestellung auf die Kinder in Pflegeheimen erweitert werden könnte. Des Weiteren erklärt sie ihre Zustimmung zu den bestehenden Wohnformen, allerdings wendet sie ein, dass dieses Angebot für Eltern unbefriedigend sei. Benötigt werden aus ihrer Sicht Angebote in Form von Tages- und Kurzzeitpflege, da die Eltern arbeiten müssten oder Urlaub benötigen.

BV Schlaugat schlägt ein Gespräch mit Vertretern/innen der Freien Wohlfahrtspflege vor. Durch deren Zusammenschluss in der Kreisarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (KAG) würde eine Organisation als kompetenter Ansprechpartner zur Verfügung stehen, deren Mitglieder bereits Tagesangebote vorhalten würden. Dass dies nur ein erster Schritt sei, müsse klar sein, aber er sei bereits gegangen worden.

KTA Waldeck regt an, dass der Ausschuss über dieses Thema weiterhin auf dem Laufenden gehalten werden solle.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende, KTA Meyer, fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage–Nr. 2022/105 Kenntnis genommen habe.

## **10 . Rechtskreiswechsel für geflüchtete Menschen aus der Ukraine Vorlage: 2022/101**

Fachdienstleiterin Geyer (im Folgenden werden männliche und weibliche Fachdienstleitungen als FDL bezeichnet) stellt zunächst sich und dann das Jobcenter kurz vor. Daran schließt sie eine Übersicht über den zeitlichen Verlauf und die Auswirkungen des Rechtskreiswechsels auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften an. Es folgt die Schilderung des Ablaufs für den/die Kunden/-in, wobei am Anfang die Zahlbarmachung Priorität hat. Erst wenn der Unterhalt sichergestellt sei, beginne die Arbeitsvermittlung. Hierbei trete jedoch neben den Sprachproblemen die zusätzliche Schwierigkeit auf, dass die Ukraine ein anderes Ausbildungssystem als Deutschland habe, sodass die dortigen Abschlüsse vielleicht dem Namen nach gleich seien, aber inhaltlich nicht übereinstimmen würden. Zudem komme die Ungewissheit über den Sinn einer Integration hinzu, denn ein Drittel der bisherigen Ankömmlinge aus der Ukraine wollen wieder zurück, ein Drittel sei unentschlossen und nur ein Drittel, vornehmlich aus dem heftig umkämpften Osten, wolle bleiben. Wie sich die Vermittlung entwickeln werde, könne sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

BV Schlaugat weist auf den Fachkräftemangel hin und dass man viele ausländische Fachkräfte mit Bürokratie überziehe. Sie fragt an, ob das Jobcenter hier steuern könne und wie weit die Möglichkeiten gehen.

FDL Geyer weist auf ihre Aussage zum abweichenden Ausbildungssystem in der Ukraine hin. Allerdings gebe es Möglichkeiten der Qualifizierung, um auf vorhandenen Kenntnissen aufbauen zu können. Das werde im Rahmen der Beratungsgespräche geklärt. Dabei sei das Sprachproblem die größte Schwierigkeit, aber dafür habe man eine Lösung gefunden, indem man zwei russischsprachige Verwaltungsangestellte einsetze. Bezüglich der Finanzierung der Qualifizierung stehen Restmittel zur Verfügung. Nun müsse man abgleichen, welche Qualifikationen vorhanden seien, aber für eine diesbezügliche Aussage sei es noch zu früh.

KTA Weigand spricht dem Jobcenter und dem Fachdienst Soziales ein großes Lob für die schnelle Bearbeitung der Anträge aus.

KTA Reimers fragt nach, ob die sofortige Arbeitserlaubnis nur für Menschen aus der Ukraine oder für alle Flüchtlinge gelte, also beispielsweise auch für Syrer oder Jemeniten. Immerhin würden überall Fachkräfte fehlen.

FDL Geyer entgegnet, dass die Qualifikation mitgebracht werde und darauf aufgesattelt werden solle. Dafür gebe es Möglichkeiten. Problematisch sei die Vermittlung der Sprachkenntnisse, da hierfür die personellen Kapazitäten erschöpft seien.

FDL Bialek ergänzt, dass der Rechtskreiswechsel aufgrund des besseren Zugangs zum Arbeitsmarkt erfolge. Diese Regelung gelte aber nur für Personen aus der Ukraine. Derzeit belaufe sich deren Zahl auf 1.300 Personen, von denen 1.100 im Jobcenter und der Rest im Fachdienst Soziales befinde. Nicht alle davon seien Ukrainer/innen, da sich auch Personen aus Drittstaaten darunter befinden, die über die Ukraine nach Deutschland gekommen seien.

KTA Reimers stellt fest, dass es ein Zwei-Klassen-System bei den Flüchtlingen gebe und fragt an, wer dafür verantwortlich sei.

FDL Bialek erwidert, dass dies eine Entscheidung des Bundes sei.

KTA Schmidt erklärt, dass er bereits vor einiger Zeit Wohnraum gemeldet habe, aber noch keine Antwort erhalten habe.

FDL Bialek verweist auf die große Welle an Hilfsbereitschaft, von der jedes einzelne Angebot gesichtet worden sei. Angesichts der Fülle an Angeboten könne es aber durchaus sein, dass etwas übersehen worden sei. Sie bittet um nochmalige Meldung.

FDL Geyer ergänzt, dass am Eingang Block und Stift bereitliegen, sodass man ein entsprechendes Angebot sofort hinterlegen könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt der Vorsitzende, KTA Meyer, fest, dass der Ausschuss von der Informationsvorlage–Nr. 2022/101 Kenntnis genommen habe.

## **11 . Informationen der Verwaltung**

DL Prof. Dr. Friedrich gibt zunächst bekannt, dass der Landkreis Peine einen Antrag zur Digitalisierung im Gesundheitswesen an das Land Niedersachsen geschickt habe. Man wolle bei der ersten Charge dabei sein und warte auf das Ergebnis. Des Weiteren informiert sie den Ausschuss über das Internationale Café, das am 08.07.2022 stattfinden werde. Dabei würden sich die Träger sozialer Angebote sowie einige Fachdienste des Landkreises Peine vorstellen. Der Termin und seine Inhalte seien im Kreisgebiet sehr breit gestreut worden.

## **12 . Anfragen und Anregungen**

KTA Schmidt fragt an, wie mit den Anbietern von Corona-Tests umgegangen werde, die die Tests nicht ordnungsgemäß abrechnen würden.

DL Prof. Dr. Friedrich erklärt, dass das Gesundheitsamt bei anlassbezogenen Zweifeln zu einer Prüfung berechtigt sei. Würden sich die Vorwürfe bestätigen, könnte das betreffende Testzentrum geschlossen werden, was in der Vergangenheit bereits vorgekommen sei.

FDL Dr. Opiela ergänzt, dass grundsätzlich regelmäßige Kontrollen durchgeführt werden, unabhängig von konkreten Vorwürfen oder Verdachtsmomenten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Meyer, diesen Tagesordnungspunkt und um 18:55 Uhr die Sitzung.

---

Maik Meyer  
Ausschussvorsitz

---

Prof. Dr. Andrea Friedrich  
Kreisrätin für Soziales

---

Gerhard Spiller  
Protokollführung